

Fragen

**für die Fragestunde der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Januar 2013**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartol, Sören (SPD)	20, 21	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	22, 23
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Lösekrug-Möller, Gabriele (SPD)	50, 51
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30	Marks, Caren (SPD)	74, 75
Bulmahn, Edelgard (SPD)	57, 58	Mast, Katja (SPD)	44, 45
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 69	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	31, 39
Crone, Petra (SPD)	72, 73	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Özoğuz, Aydan (SPD)	76, 77
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Ferner, Elke (SPD)	55, 56	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	14, 15
Groneberg, Gabriele (SPD)	48, 49	Dr. Priesmeier, Wilhelm (SPD)	52, 67
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	33	Rix, Sönke (SPD)	70, 71
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Schaaf, Anton (SPD)	53, 54
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	59, 60	Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	1, 2
Juratovic, Josip (SPD)	40, 41	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	3, 4
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	34	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 68
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	61, 62	Tack, Kerstin (SPD)	42, 43
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Kramme, Anette (SPD)	46, 47	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	63, 64

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

1. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD)
Waren die Berichte über Sicherheitsbedenken seitens des schweizerischen Bundesamtes für Zivilluftfahrt hinsichtlich der Ab- und Anflugkonzepte des Flughafens Zürich bei den bisherigen Verhandlungen zum Staatsvertrag mit der Schweiz der Bundesregierung bereits bekannt, und hatte es politische Gründe, dass keine anderen Betriebskonzepte in die Verhandlungen mit der Schweiz einbezogen wurden?
2. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Zwischenfälle im An- und Abflugverkehr zum und vom Flughafen Zürich in den vergangenen fünf Jahren gemeldet wurden, und falls ja, welche?
3. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
Bei welchen Maßnahmen aus den Infrastrukturbeschleunigungsprogrammen I und II mit insgesamt 1,75 Mrd. Euro ist die Schaffung von Barrierefreiheit ausdrückliches Ziel und zwingende Voraussetzung für die Ausreichung der Mittel, und in welcher Weise waren Menschen mit Behinderung und deren Organisationen an der Entscheidung über die Investitionen beteiligt?
4. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
In welchen der einzelnen Förderprogrammen, die der Bund über die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2013 mit 455 Mio. Euro unterstützt (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vom 29. Dezember 2012), ist die Schaffung von Barrierefreiheit ausdrückliches Ziel und zwingende Voraussetzung für die Ausreichung der Mittel, und in welcher Weise waren Menschen mit Behinderung und deren Organisationen an der Ausarbeitung der Verwaltungsvereinbarung beteiligt?
5. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche neuen Erkenntnisse sind zwischen dem 18. Dezember 2012 und dem 4. Januar 2013 entstanden, die zu der Einschätzung geführt haben, dass der Eröffnungstermin für den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) am 27. Oktober 2013 nicht mehr gehalten werden kann und die Probleme so „gravierend, fast grauenhaft“ sind, wie es Horst

Amann am 8. Januar 2013 gegenüber „hr-iNFO“ erklärte, dass noch nicht einmal absehbar ist, wann ein neuer Eröffnungstermin genannt werden kann?

6. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat Bundesminister Dr. Peter Ramsauer einen Abwahantrag gegen Prof. Dr. Rainer Schwarz angekündigt, obwohl in der letzten Aufsichtsratssitzung einstimmig und auf Vorschlag des Bundes beschlossen wurde, dass zunächst eine haftungsrechtliche Prüfung durchgeführt werden soll, und ist mittlerweile eine Rechtsanwaltskanzlei bzw. eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit dieser Prüfung beauftragt worden?
7. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie kam das BMVBS nach dem Expertentreffen zum geplanten Berliner Flughafen BER am 18. Dezember 2012 gegenüber der „Berliner Zeitung“ (Online-Ausgabe 18. Dezember 2012) zu der Einschätzung, es gäbe „keine Aspekte, die eine Zeitverschiebung nötig machen“?
8. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann und mit welchem Ergebnis ist zwischen dem BMVBS und dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmt worden, ob der Bund die Kandidatur von Ministerpräsident Matthias Platzeck für den Aufsichtsratsvorsitz der Flughafen Berlin Brandenburg (FBB) GmbH unterstützt oder ob der Bund ggf. einen alternativen Kandidaten vorschlägt?
9. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft gibt die Bundesregierung auch als Mitgesellschafter und Mitglied im Aufsichtsrat zur festgestellten Verantwortung der am Bau des Großflughafens BER beteiligten Unternehmen für die aufgetretenen Mängel, Unzulänglichkeiten und Verspätungen bei der Inbetriebnahme und zu den Konsequenzen, die die Bundesregierung für diese Unternehmen zieht für den zukünftigen Ausschluss bei der Vergabe von Aufträgen des Bundes wegen deren Unzuverlässigkeit, und was hat die Bundesregierung als Mitgesellschafter und Mitglied des Aufsichtsrats des BER spätestens seit Kenntnis von der Verschiebung der Inbetriebnahme des Flughafens unternommen, um die aufgetretenen Probleme zu lösen und die Arbeiten für die Fertigstellung nachhaltig zu fördern?

-
10. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit liegen dem BMVBS Erkenntnisse darüber vor, dass sich Baufirmen im Vorfeld der geplanten Eröffnung zum 3. Juni 2012 den Einbau von Gewerken ohne Planungen von Mitarbeitern der FBB GmbH oder dem Planungsbüro genehmigen ließen?
11. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zur Forderung der Deutschen Lufthansa AG nach einer Ertüchtigung des Flughafens Berlin-Tegel bis zur Inbetriebnahme des Flughafens BER?
12. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche genauen Angaben – schriftlich bzw. mündlich – machte der Technikchef des Flughafens BER, Horst Amann, bei dem Expertentreffen am 18. Dezember 2012 zum geplanten Berliner Flughafen BER in Anwesenheit von Staatssekretär Rainer Bomba hinsichtlich des geplanten Eröffnungstermins am 27. Oktober 2013?
13. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zusagen – schriftlich bzw. mündlich – machten die Projektbeauftragten der Firmen Robert Bosch GmbH, Siemens Aktiengesellschaft und Imtech Deutschland GmbH & Co. KG bei dem Expertentreffen am 18. Dezember 2012 hinsichtlich der Einhaltung des Eröffnungstermins am 27. Oktober 2013?
14. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen dem BMVBS darüber vor, dass das Land Berlin als einziger Anteilseigner nicht mit einem Aufsichtsratsmitglied, sondern nur mit einem Fachbeamten bei dem Expertengespräch am 18. Dezember 2012 zum Berliner Großflughafen teilgenommen hat?
15. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mehrkosten durch die erneute Verschiebung sind heute schon absehbar, und inwieweit wird das BMVBS im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für eine weitere Erhöhung der Bundesmittel eintreten?

16. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf wessen Initiative ist es zu dem Expertentermin zum Flughafen BER am 18. Dezember 2012 gekommen, und warum hat kein Vertreter der Genehmigungsbehörde daran teilgenommen?
17. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist dem BMVBS die Haltung der Genehmigungsbehörde zur Brandschutzanlage bekannt, wonach die Flughafengesellschaft entweder einen neuen Bauantrag stellen oder die vorhandene Brandschutzanlage entfernen und eine neue installieren muss, und welche Rolle spielt dies bei der vierten Verschiebung des Eröffnungstermins?
18. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung als Anteilseigner des Flughafens BER bekannt, warum eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Anwendung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinien bei der Festlegung der geänderten Flugrouten des Flughafens BER über den Müggelsee unterlassen wurde?
19. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird sich der Bund als Anteilseigner des Flughafens BER dafür einsetzen, eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung für die Flugrouten durchzuführen, um das drohende Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission abzuwenden?
20. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Wie viele Exemplare des Bundeshochbaukalenders 2013 des BMVBS sind gedruckt worden, und wie viel hat die Herstellung des Kalenders gekostet?
21. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Wie viele Exemplare des Bundeshochbaukalenders 2013 des BMVBS sind jeweils an welche Institutionen versandt worden (bitte mit genauer Mengenangabe global für die Institutionen Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Unternehmen, Verbände und Parteien)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

22. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich die Entwicklung des EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Salzwassereinleitungen der Kaliindustrie in die Werra und Weser insgesamt dar?
23. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union, dass die Gewässerqualität von Werra und Weser trotz der erheblichen Abweichungen vom chemischen und biologischen Ursprungszustand ohne anthropogene Einflüsse den Anforderungen der Richtlinie 2000/60/EG entspricht?
24. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis voraussichtlich wann will die Bundesregierung nach jetziger Planung einen hinsichtlich der Atom-müllexportregelung überarbeiteten Gesetzentwurf für eine 14. Atomgesetznovelle vorlegen, und wie hatte sie sich auf EU-Ebene bei der Erarbeitung und Abstimmung der EU-Atommüll-Richtlinie (2011/70/EURATOM) bezüglich der Regelung von Atom-müllexporten verhalten (bitte jeweils mit Datumsangabe und differenziert nach Abstimmungsverhalten und etwaigen eigenen inhaltlichen Vorschlägen)?
25. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Konsultation, die Ende 2012 im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung des polnischen Atomkraftprogramms stattfand, zur Verfügung stellen (bitte neben Themen auch Datum der Konsultation, voraussichtlicher Zeitpunkt des Vorliegens des Protokolls davon, Frist für die daran anschließende Stellungnahme Deutschlands sowie etwaige Verlängerungsmöglichkeit der Frist), und welche Behörden, Sachverständigen etc. haben an der o. g. Konsultation teilgenommen?
26. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus der polnischen Verhandlungshaltung während der vergangenen Klimakonferenz (COP) in Doha, und was bedeutet dies aus Sicht der Bundesregierung für die kommende Konferenz (COP 19) in Warschau?

27. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe für die polnische Verhandlungsposition in Doha, und was unternimmt oder plant die Bundesregierung, um Polen, insbesondere im Hinblick auf die kommende COP in Warschau, zu einer progressiveren Position zu bewegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

28. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Ergebnisse der durch die Deutsche Energie-Agentur GmbH am 11. Dezember 2012 veröffentlichten „dena-Verteilnetzstudie. Ausbau- und Innovationsbedarf der Stromverteilnetze in Deutschland bis 2030.“ an der Anreizregulierungsverordnung (ARegV), und wenn sie keinen Änderungsbedarf sieht, welche anderen Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors (nach § 10 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber) erwägt die Bundesregierung?
29. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die Stellungnahme zum Gutachten des Umweltbundesamtes „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten – Risikobewertung, Handlungsempfehlungen und Evaluierung bestehender rechtlicher Regelungen und Verwaltungsstrukturen“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie die Erwiderung des Umweltbundesamtes veröffentlichen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die deutschen Leistungen für die humanitäre Hilfe für notleidende Menschen in Syrien und syrische Flüchtlinge zu erhöhen, nachdem die Vereinten Nationen gemeldet haben, das World Food Programme würde weitere 136 Mio. US-Dollar benötigen, um allein die Menschen in Syrien bis Juni 2013 mit Nahrungsmitteln versorgen zu können?

31. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag mit dem Bundeswehrmandat zum Einsatz in Mali zu befassen, und welche Vereinbarungen gibt es in der Bundesregierung zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Mali?
32. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Art und Ausmaß der Beteiligung der fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgistan) am Istanbul-Prozess und der internationalen Kontaktgruppe zur Stabilisierung Afghanistans vor (bitte pro Land einzeln ausführen), und welche Bedeutung misst die Bundesregierung speziell den einzelnen zentralasiatischen Staaten für eine erfolgreiche Stabilisierung Afghanistans in den folgenden Jahren bei (bitte pro Land einzeln ausführen)?
33. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen erwägt die Bundesregierung anlässlich des gewaltsam von der Polizei durchgeführten Ausschlusses der linksoppositionellen Partei SDSM aus dem mazedonischen Parlament (siehe DER SPIEGEL vom 24. Dezember 2012) im Vorfeld der Abstimmung des Bundeshaushalts 2013 vor dem Hintergrund, dass Mazedonien EU-Beitrittskandidat ist, und ist dieser Vorfall, bei dem als Folge der „Handgreiflichkeiten“ im Parlament die Bezüge der linken Abgeordneten um zwei Drittel gekürzt werden sollen, mit dem EU-Verständnis von Demokratie vereinbar?
34. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die aktuellen Bemühungen der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, die nepalesische Regierung dazu zu bewegen, auf Amnestien für Täter von schwersten Menschenrechtsverletzungen während des nepalesischen Bürgerkrieges zu verzichten und die Einwilligung von Opfern und Tätern als Vorbedingung für Versöhnungsprozesse zu achten?
35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Aussage von Barbara Lochbihler, Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte im Europäischen Parlament, die die dritte Neuaufnahme des Verfahrens gegen Pinar Selek dahingehend kritisiert, dass sie sich damit seit mehr als 14 Jahren „vor Gericht gegen frei erfundene Anschuldigungen wehren

[muss]“, Jahre in türkischen Gefängnissen verbracht und gefoltert wurde, „nur, damit sie ihre kritische Arbeit über die türkische Gesellschaft, die Gleichstellung der Geschlechter und den Umgang mit der kurdischen Minderheit in der Türkei einstellt“, und teilt sie auch die Aussage, dass „hunderte Journalisten, Richter und Intellektuelle [...] unter dem Vorwand fadenscheiniger Anklagen festgehalten“ werden (<http://barbara-lochbihler.de/1/presse/mitteilungen/fall-pinar-selek-armutszeugnis-fuer-das-tuerkische-justizwesen.html>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aktivitäten des „Tiefen Staates“ in Deutschland, und was tut sie, um kurdische Politikerinnen und Politiker in Deutschland zu schützen?
37. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist es zutreffend, dass sich der Start der seit drei Jahren in Planung befindlichen Stiftung Datenschutz entgegen den Angaben der Bundesregierung wegen des Fehlens einer Entscheidung der zuständigen Stiftungsaufsicht weiter verzögern wird, und wurde der Stiftungsaufsicht aufgrund der geschlossenen Absage der Beiratsteilnahme durch die Oppositionsparteien wie auch der Verbraucherschutzverbände und Datenschutzbehörden ein zumindest im Hinblick auf die Ausgestaltung des Beirates geänderter Satzungsentwurf zur Entscheidung vorgelegt?
38. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Schritte, etwa im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur EU-Datenschutzreform, hat die Bundesregierung in Wahrnehmung ihrer verfassungsrechtlich vorgegebenen Schutzpflicht für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung unternommen, um die aufgrund der US-Rechtslage bereits seit längerem bekannte und nunmehr erneut bestätigte (Gutachten im Auftrag des EU-Parlaments, vgl. SPIEGEL ONLINE, Meldung vom 10. Januar 2013) Gefahr des Zugriffs von US-Behörden auf Cloud-Daten von Bundesbürgern zu verhindern, deren Cloud-Anbieter über einen Sitz in den USA verfügen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

39. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber der Erwartung Kirgistans, dass die EU den vor zwei Jahren in Aussicht gestellten Kredit in Höhe von 15 Mio. Euro endlich zur Verfügung stellt, und inwieweit hat sie sich dafür engagiert, dass der in Aussicht gestellte Kredit auch zur Verfügung gestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

40. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass nach den Beschlüssen der Vertreterversammlung der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft vom 6. Dezember 2012 zu der Neuregelung von Gehältern für bezahlte Sportlerinnen und Sportler eine ausreichende Begrenzung der Beitragsbelastung der Sportvereine in der gesetzlichen Unfallversicherung erfolgt, und wie bewertet sie die rechtliche Bindungskraft einer satzungsrechtlichen Heraufsetzung der Grenze, ab der eine Aufwandsentschädigung als Entgelt einzustufen ist?
41. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Zunahme des Missbrauchs von Werkverträgen wie beispielsweise beim Einräumen von Regalen in Drogeriemärkten, und plant die Bundesregierung, neue Regelungen zur Abgrenzung von Werkverträgen und Soloselbstständigkeit, zur Mitbestimmung, zur Generalunternehmerhaftung, zur Beweislastumkehr und zur Datenerhebung von Werkverträgen zu treffen?
42. Abgeordnete
Kerstin Tack
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung in Regionen, z. B. Oldenburg, ein, die überwiegend auf wirtschaftlichen Tätigkeiten beruhen, die durch Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer erbracht werden?

43. Abgeordnete
Kerstin Tack
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Nachhaltigkeit von Geschäftsmodellen, die darauf beruhen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu möglichst niedrigen Löhnen mittels Werkvertrag zu beschäftigen?
44. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu den Unterschieden des Entgeltes bei regulär Beschäftigten und Werkvertragsarbeitnehmern, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Arbeitnehmer in der Fleisch verarbeitenden Industrie mit Werkverträgen eine Arbeitszeit von zwölf Stunden täglich haben?
45. Abgeordnete
Katja Mast
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung nach verbindlichen Regelungen und Kontrollen, um Scheinselbständigkeit, Scheinwerkverträge und unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung wirksam zu verhindern, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen?
46. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD) Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass durch eine zunehmende Zergliederung der Betriebe durch Werkverträge die betriebliche Interessenvertretung geschwächt wird und infolgedessen auch die im Betriebsverfassungsgesetz geregelten Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten eines Betriebes unterlaufen werden?
47. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD) Welche Kriterien liegen der Überprüfung von Werkverträgen zur Ermittlung von Scheinwerkverträgen zugrunde, und welche Möglichkeiten haben in diesem Zusammenhang die Sozialversicherungsträger, bei vermutetem Sozialversicherungsbetrug durch Scheinwerkverträge tätig zu werden?
48. Abgeordnete
Gabriele Groneberg
(SPD) Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um wettbewerbsverzerrende Praktiken zwischen Betrieben, die sich an tarifvertragliche Vereinbarungen halten, und denen, die mittels Werkverträgen Lohndumping betreiben, zu unterbinden?

49. Abgeordnete
**Gabriele
Groneberg**
(SPD)
- Wie interpretiert die Bundesregierung die Vorgänge der Bedrohung des Prälaten Peter Kossen, dem im Oktober 2012 ein totes Kaninchen vor die Tür gelegt wurde, nachdem er den Missbrauch von Werkverträgen in der Fleischbranche angeprangert und die Politik zum Handeln aufgefordert hatte (Zitat Oldenburgische Volkszeitung vom 6. August 2012 „Mindestlöhne und Lohnuntergrenzen sind der richtige und zu fordernde Weg.“) „Darüber hinaus müssen die kriminellen Praktiken moderner Sklaverei mitten unter uns verfolgt, bestraft und unterbunden werden!“ (Bericht in der Oldenburgischen Volkszeitung vom 22. November 2012)?
50. Abgeordnete
**Gabriele
Lösekrug-Möller**
(SPD)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass es in der Fleisch verarbeitenden Industrie vermehrt zum Einsatz von Werkverträgen kommt, und wie hoch sind nach dem Wissen der Bundesregierung die durchschnittlichen Löhne der Werkvertragsarbeitnehmer?
51. Abgeordnete
**Gabriele
Lösekrug-Möller**
(SPD)
- Wie hoch sind nach dem Wissen der Bundesregierung die Werkvertragskontingente bei den vier großen Schlachtunternehmen (Tönnies, Westfleisch, Danish Crow, VION), und wie viele Arbeitsplätze hat der Konzern Danish Crow nach Informationen der Bundesregierung von Dänemark nach Deutschland verlagert?
52. Abgeordneter
**Dr. Wilhelm
Priesmeier**
(SPD)
- Welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung für die deutsche Fleischindustrie bezüglich der Beschwerde der französischen Fleischindustrie bei der Europäischen Kommission vom Januar 2011 über die ineffiziente Durchsetzung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Schlacht- und Fleischverarbeitung und dem Vorwurf des Lohndumpings und Verletzung des Grundsatzes auf gerechte und faire Arbeitsbedingungen nach Artikel 31 der Charta für Grundrechte?
53. Abgeordneter
**Anton
Schaaf**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgelegten Vorhaben in der Alterssicherungspolitik – vor allem die Bekämpfung von Armut im Alter – vor dem Ende der Legislaturperiode noch umsetzen, und falls nicht, wie rechtfertigt sie dann, dass wichtige soziale Probleme ungelöst bleiben?

54. Abgeordneter
**Anton
Schaaf**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, noch in dieser Legislaturperiode „ein einheitliches Rentensystem in Ost und West [einzuführen]“, aufgeben, und warum konnte sie sich bisher nicht dazu entschließen, in einem ersten Schritt pauschale rentenrechtliche Zeiten wie die Kindererziehungszeiten einheitlich – mit dem aktuellen Rentenwert – zu bewerten?
55. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus der sogenannten Machbarkeitsstudie, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei dem Beratungsunternehmen McKinsey&Company insbesondere zu Fragen des Beitragseinzuges und des Meldeverfahrens bei der geplanten Altersvorsorgepflicht von Selbständigen in Auftrag gegeben hat, gewonnen, und wann und in welcher Form wird diese Studie, die laut Auskunft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit einem Betrag von 880 950 Euro (plus Mehrwertsteuer) vergütet worden ist (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2012; Anlage 49 des Plenarprotokolls 17/177), veröffentlicht?
56. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Wie würden sich die Rentenanpassungen bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu den Annahmen der Bundesregierung entwickeln, wenn die Lohnsteigerungen – wie von dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (Ulrike Stein/Sabine Stephan/Rudolf Zwiener, „Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung“, IMK-Report 77, November 2012) empfohlen – jährlich 3 Prozent betragen würden, und welche Auswirkungen hätte dies auf den Beitragspfad der gesetzlichen Rentenversicherung?
57. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Ist es zutreffend, dass aufgrund der Wirkung des mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze zum 1. Januar 2011 geänderten § 3 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte Ehegatten von selbst nicht versicherungspflichtigen Landwirten – wie z. B. sogenannten Nebenerwerbslandwirten – sich nur noch in einem Zeitraum von drei Monaten ab der Eheschließung von der Versicherungspflicht in der Alterssicherung der Landwirte befreien lassen können, und beabsichtigt die Bundesregierung, Regelungen für diejenigen Personen zu finden, die aus Unwissenheit keinen Antrag auf

Befreiung von der Versicherungspflicht gestellt haben und nun für einen mehrjährigen Zeitraum von den Landwirtschaftlichen Alterskassen mit hohen Beitragsforderungen konfrontiert werden?

58. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Ist es zutreffend, dass der landwirtschaftliche Unternehmer selbst ein rückwirkendes Befreiungsrecht innerhalb von drei Monaten nach Zugang des Bescheides über die Alterskassen-Mitgliedschaft hat, wenn er die Befreiungsvoraussetzungen erfüllt, Ehegatten aber dieses Befreiungsrecht nicht zugestanden wird, und beabsichtigt die Bundesregierung diese Regelung für Ehegatten entsprechend denen der landwirtschaftlichen Unternehmer anzupassen?
59. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012, wonach die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ein einheitliches, sowohl das physische als auch das soziokulturelle umfassende, Existenzminimum in der Bundesrepublik Deutschland abzusichern haben (so z. B. in Rn. 120 des Urteils), für vereinbar, dass in dem Referentenentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Bestimmung der Leistungshöhe einzelne Verbrauchspositionen nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 herausgerechnet werden, und nicht stattdessen die nach dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz bestimmten Leistungshöhen des Zweiten bzw. Zwölften Buches Sozialgesetzbuch übernommen werden?
60. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- Wie haben sich die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Bundesregierung hinsichtlich der zukünftigen Bezugsdauer des Asylbewerberleistungsgesetzes begründet, wobei das Bundesministerium für Arbeit und Soziales offensichtlich für die im Referentenentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes enthaltene Bezugsdauer von 24 Monaten eintritt und das Bundesministerium der Justiz eine kürzere Dauer befürwortet, und ist die Bundesregierung diesbezüglich zwischenzeitlich zu einer einheitlichen Auffassung gelangt?

61. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)**
- Teilt die Bundesregierung in Gänze die vorgeschlagene Regelung in dem Referentenentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, wonach weiterhin vorrangig am Sachleistungsprinzip als Regelfall festgehalten werden soll, obwohl einerseits „erhebliche Einsparungen [...] durch die Abschaffung des Sachleistungsprinzips und bestehende Gutscheinsysteme zu erreichen [wären]“ (so die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. in ihrer Stellungnahme zu diesem Referentenentwurf) und im Referentenentwurf selbst von einer Verwaltungsvereinfachung bei einem größeren Umfang von Geld- anstelle von Sachleistungen gesprochen wird, sowie andererseits die selbstbestimmte Lebensführung dadurch eingeschränkt wird, und was sind diesbezüglich die Ergebnisse der im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfung des Sachleistungsprinzips?
62. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)**
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Verzicht auf eine Regelung zum Schonvermögen im Referentenentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, so dass jegliches Vermögen anzurechnen ist, obwohl das Ansparen von Teilbeträgen der Geldleistungen nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz, das auch den neuen Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugrunde liegt, für unregelmäßig auftretende Konsumausgaben notwendig ist?
63. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(DIE LINKE.)**
- Wie viele der Hilfebedürftigen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) (absolut wie relativ), die seit 2008 ihre Arbeitslosigkeit beendet haben, waren nach Aufnahme einer Beschäftigung weiterhin hilfebedürftig (soweit möglich, jährlich und nach Beschäftigungsformen differenzieren), und lässt sich der Gesamtumfang der in diesem Zeitraum erbrachten Leistungen beziffern?
64. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(DIE LINKE.)**
- Wie viele der Hilfebedürftigen nach dem SGB II, die seit 2008 durch die Aufnahme einer Beschäftigung ihre Hilfebedürftigkeit beenden konnten, bezogen nach sechs, zwölf und 24 Monaten erneut Leistungen aus der Grundsicherung (bitte differenzieren nach erneut arbeitslos und erwerbstätig)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

65. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Nach welchen Kriterien wurde die Länderliste in Bezug auf § 7 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erarbeitet, und sieht die Bundesregierung die Warenverkehrsfreiheit in Bezug auf die Verordnung gewahrt?
66. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Zugang zu allen Ländern der Europäischen Union, um Zertifizierungsverfahren zu begleiten, und wenn nein, wieso nicht?
67. Abgeordneter
**Dr. Wilhelm
Priesmeier**
(SPD) Werden Unternehmen, die Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer einsetzen, durch das Programm zur Förderung der Exportaktivitäten der deutschen Agrar- und Exportwirtschaft gefördert, und in welchem Umfang?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

68. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Auskunft gibt die Bundesregierung – ergänzend zu ihrer Antwort vom 12. Dezember 2012 auf meine Mündliche Frage 78, Anlage 53, Plenarprotokoll 17/213, das Kommando Spezialkräfte sei zweimal im Jahr 2012 zwei Wochen in Jordanien nah der syrischen Grenze eingesetzt gewesen – zur Zahl der eingesetzten Soldaten, zu geplanten Zielen und Inhalten ihrer bzw. fremder Ausbildung dort sowie zu möglichen Grenzübertritten gen Syrien, und falls die Bundesregierung – nach ihrer Antwort vom 12. Dezember 2012 auf meine Schriftliche Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 17/11906 bezüglich des Eindringens syrischer Rebellen von türkischem Gebiet aus in die Türkei – nun dahingehende Berichte über solche Grenzübertritte syrischer Rebellen von türkischem Gebiet nach Syrien bestätigt, gefährdet dies nicht – sowie die darauf zu befürchtenden militärischen Reaktionen aus Syrien – die nun in der Türkei mit Patriot-Batterien eingesetzten deutschen Soldaten?

69. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche bestehenden Versorgungsrouten für das deutsche ISAF-Kontingent und über welche zusätzlichen Transportrouten durch die fünf zentralasiatischen Staaten plant die Bundesregierung im Rahmen des ISAF-Rückzugs bis 2014 den Rücktransport militärischen und nichtmilitärischen Geräts der Bundeswehr per Lkw, Bahn bzw. Flugzeug aus Afghanistan zu vollziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

70. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Welche inhaltlichen Änderungen beinhaltet die von der Bundesregierung beabsichtigte Reform des Mutterschutzgesetzes?
71. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Plant die Bundesregierung Initiativen für gesetzliche Rahmenbedingungen zur Erstattung von Fahrtkosten innerhalb der Freiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und Bundesfreiwilligendienst?
72. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die aufgrund der bekannt gewordenen Zahlen belegte ausbleibende Nutzung der Familienpflegezeit durch pflegende Angehörige?
73. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zeitnah zu ergreifen, um mehr betroffenen Menschen eine berufliche Auszeit für die Pflege ihrer Angehörigen zu ermöglichen und ein Scheitern der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verhindern?
74. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Schätzungen oder Erhebungen bekannt, in denen die Zahl der möglichen anspruchsberechtigten Familien auf Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) beziffert werden, und wenn ja, um welche handelt es sich dabei?

-
75. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Wie viele Familien haben jeweils 2011 und 2012 Anträge auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld gestellt, deren Anträge auf Kinderzuschlag nach § 6a BKGG abgelehnt wurden, weil entweder die Mindesteinkommensgrenze unterschritten wurde oder die Bedürftigkeit fortbestand?
76. Abgeordnete
**Aydan
Özoğuz**
(SPD)
- Wie oft wurde die Hilfs- bzw. Beratungsfunktion des Zentrums für Kinderschutz im Internet (www.i-kiz.de) seit der Gründung im September 2012 bereits in Anspruch genommen, und wie viele Verstöße von Webseitenanbietern wurden seither gemeldet (bitte jeweils nach Eltern und Kindern/Jugendlichen aufschlüsseln)?
77. Abgeordnete
**Aydan
Özoğuz**
(SPD)
- Wie oft wurde der „www.i-kiz.de-Hilfe-Button“ bereits in andere Webseiten eingebunden, und welche Maßnahmen unternimmt das Bundesministerium, um auf die Seite www.i-kiz.de aufmerksam zu machen?

